



I. Anmeldung

TOP: _____

Stadtplanungsausschuss
Sitzungsdatum 12.10.2017
öffentlich

Betreff:
Beschleunigung bei Bauanträgen
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 24.03.2017

Anlagen:
Bericht

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

In dem Bericht werden die generellen Schwierigkeiten im Hinblick auf die gewünschte Beschleunigung der Genehmigungsverfahren erläutert. Die Genehmigungsdauer ist in den letzten 5 Jahren trotz der teilweise widrigen Umstände in etwa konstant geblieben.

Bei korrekten Bauvorlagen und „glatten“ Vorhaben (d. h. bei Einhaltung der Bauvorschriften) wären Genehmigungen im vereinfachten Baugenehmigungsverfahren bei ausreichender Personalausstattung der Fachstellen innerhalb von 60 Tagen möglich, bei Sonderbauten innerhalb von 90 Tagen. Das Problem liegt meist in erheblichem Zeitverlust durch erforderliche Umplanungen, um doch noch die Genehmigungsfähigkeit von Vorhaben herbeizuführen, die bei Einreichung erkennbar nicht genehmigungsfähig sind.

BoB und H haben durch Umorganisation und laufende Prozessoptimierungen alle Anstrengungen unternommen, die Verwaltungsabläufe und Genehmigungszeiten ohne Personalmehrung zu straffen. Der Bericht zeigt auch, dass viele Problemfelder nicht intern steuerbar sind. Um zusätzliche Aufgaben (z. B. Wohnungsfeuerbeschau) und alle priorisierten Baumaßnahmen meistern sowie die Laufzeiten von Bauantragsverfahren gezielt reduzieren zu können, wird bei allen Fachstellen zusätzliches Personal benötigt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:
entfällt, da Bericht

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

Gesamtkosten

€

Folgekosten

€ pro Jahr

dauerhaft nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

Ja

Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit OrgA ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Benötigte Stellen wurden im Stellenschaffungsverfahren für 2018 angemeldet.

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:
Diversity-Relevanz ist nicht gegeben, da lediglich organisatorische Aspekte betroffen sind.

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
 2. BM / 3. BM / Ref. IV / Ref. V / Ref. VII

II. Herrn OBM z. K.

III. Ref. VI/BoB

Nürnberg, 28.09.2017
Planungs- und Baureferat

(4332)